

ÖSTERREICHISCH-



ISRAELISCHE GESELLSCHAFT

חברה אוסטריה-ישראל

Schalom

Zeitschrift der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft

55. Jahrgang

1/2023

€ 3,-



LEITARTIKEL

Liebe Freundinnen, liebe Freunde!

Am 14. Mai 2023 findet das 75. Jubiläum der Gründung des Staates Israel statt. Dieser Anlass ist für alle Freundinnen und Freunde Israels ein Grund zur Freude. Seit 75 Jahren ist der Traum von Theodor Herzl Wahrheit geworden. Ein moderner Staat, eine Heimstätte für das jüdische Volk, ist entstanden.

Trotz aller Anfeindungen und Herausforderungen, die von Beginn der Staatsgründung an Israel begleiten, ist es dem jüdischen Volk gelungen eine wunderbare Heimat zu schaffen.

Es ist immer verführerisch schlechte Nachrichten in den Vordergrund zu rücken und Gutes als selbstverständlich anzunehmen. Das wollen wir in dieser Nummer und bei unserer Feier am 14. Mai im Festsaal des Rathauses nicht machen. Wir feiern die Gründung Israels und freuen uns über die Erfolge des modernen Staates Israel.

Bei diesem Anlass übersehen wir auch die aktuellen Herausforderungen nicht! Wie jeden Fastenmonat finden gewaltsame Unruhen in Jerusalem statt. Das Jubiläum der Staatsgründung wird auch dazu verwendet, den Staat Israel zu delegitimieren.

Es wäre ein Fehler unreflektiert und kritiklos über die momentane innenpolitische Situation nachzudenken. Israel befindet sich nach den letzten Wahlen in einer herausfordernden Situation und versucht damit einen Umgang zu finden. Das ist primär ein Problem, mit dem sich das jüdische Volk in Israel selbst auseinandersetzt und bei allen Herausforderungen zeigt sich gerade jetzt der pluralistische und demokratische Charakter des Staates. Israel hat, im Gegensatz zu anderen Ländern in der Region, eine funktionierende Zivilgesellschaft und eine demokratische Verfassung und das wird auch so bleiben.

Ich habe sehr bedauert, dass es nicht gelungen ist, persönlich an der Eröffnung des von Heinz Nittel initiierten Verkehrs-Kindergartens teilzunehmen. Wir haben uns sehr über



Peter Florianschütz

diese Aktivität gefreut und werden einen persönlichen Besuch so rasch wie möglich nachholen.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass es Israel gelingen wird eine konstruktive und gemeinsame Lösung selbst zu finden und damit ein Zeichen der

Gemeinsamkeit und der Versöhnung zu senden.

Das wird angesichts der angespannten Sicherheitslage, die keineswegs nur mit dem Fastenmonat zusammenhängt, sehr notwendig sein. Gerade auch um den ermutigenden Annäherungsprozess zu den arabischen Nachbarstaaten Israels zu behindern, wird, unter der Regie des iranischen Regimes, massiv eskaliert.

Das iranische Regime stellt die größte Bedrohung des Friedens und der Sicherheit der gesamten Region dar. Darauf müssen wir immer wieder hinweisen.

Insgesamt bin ich aber optimistisch. Es wird gelingen, die Herausforderungen zu meistern. Es wird gelingen, zu einem innenpolitischen Ausgleich in Israel zu kommen. Es wird gelingen, dass Israel die freundschaftlichen Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten entwickeln kann. Und es wird gelingen, dass es zu einer positiven Entwicklung zwischen dem Staat Israel und einem perspektivischen Staat Palästina in einem friedlichen Miteinander kommen wird.

Das ist unsere Hoffnung und ich bin überzeugt, dass sie wahr wird!

Peter Florianschütz MA MLS

*Erster Präsident
der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft*

Titelbild: Tausende protestieren gegen israelische Regierung, Tel Aviv • ImageBank4u (Schutterstock)



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
Print Alliance HAV Produktions GmbH, UW-Nr. 715

Gedruckt auf ökologischem Papier aus der Mustermappe von „ÖkoKauf Wien“.
CO2 kompensiert produziert

Editorial



Susi Shaked
Generalsekretärin

H.-J. Tempelmayr
Generalsekretär

Liebe Leserinnen, liebe Leser, liebe Freundinnen und Freunde Israels!

Das Jahr 2023 stellt Israel vor große Herausforderungen. Im Gegensatz zu zahlreichen deutschsprachigen Medien, die es vermeintlich

besser wissen, steht der Staat Israel nicht entweder vor einem bewaffneten Bürgerkrieg, dem Abfall in eine Art Diktatur oder der Selbstauflösung.

Machtvolle Demonstrationen gegen geplante Maßnahmen der Regierung sind eher ein Zeichen einer lebendigen Demokratie. Die Floskel „Anlass zur Sorge“ wollen wir hier nicht strapazieren.

Ben Segenreich versucht für uns besonnen kritisch die derzeitige politische Situation zu analysieren. Nun kann selbstverständlich täglich alles anders sein, wir wollen trotzdem eine Zusammenfassung der Ereignisse zum Zeitpunkt der Drucklegung versuchen. Am 2. Mai wird er uns im Presseclub Concordia, wozu wir noch gesondert einladen werden, einen tagesaktuellen Kommentar vorlegen.

In dieser Nummer unserer Zeitschrift bringen wir weiters einen Bericht der Jerusalem Foundation über die Renovierung des Heinz Nittel Verkehrsgartens in Jerusalem, zu dessen Eröffnung der Wiener Bürgermeister leider verhindert war. Nebstbei war der Ben Gurion Flughafen bestreikt. Aber Erik Hanke hat uns auf unseren Wunsch eine persönliche Erinne-

rung an unseren von einem PLO-Kommando ermordeten Präsidenten geschrieben, der in Israel nicht vergessen ist.

Sie finden – wie in den letzten Ausgaben – positive Kurzmeldungen aus Israel, die es eher nicht in die Mainstreammedien schaffen, dazu passend einen Bericht über die vielfältigen Handelsbeziehungen Österreichs mit Israel, weiters eine Analyse über das orthodoxe Judentum zwischen Modernisierung und Tradition. Norli Eppel-Lappin liest unentwegt neue Bücher über und aus Israel und am Ende stellen wir ihnen wieder kurz einen für das Moderne Israel wichtigen Zionisten vor. Wie immer entlang des Stadtplanes von Tel Aviv.

Während wir diese Zeitung vorlegen, wird Israel von mehreren Seiten aus angegriffen und die Hamas zündelt am Tempelberg. Selbstverständlich wissen zahlreiche Medien von vorhergegangener „Provokation“, wobei auf Nachfrage bei österreichischen Durchschnitts-Medienkonsumenten meist kein wirklicher Anlass aufgezeigt werden kann. Wenn man nicht den Staat Israel als solchen als Provokation ansieht.

Wir jedenfalls freuen uns, das es ihn gibt.

Bitte beachten Sie die letzte Seite. Am 14. Mai wird der moderne Staat Israel 75 Jahre. Wir feiern mit der Botschaft, dem KKL, der Kultusgemeinde und der Stadt Wien im Wiener Rathaus. Detaillierte Einladungen folgen.

Ihre Susi Shaked und Ihr Hans-Jürgen Tempelmayr

Bitte verwenden Sie den beiliegenden Zahlschein für Ihren Mitgliedsbeitrag! Herzlichen Dank!

Inhalt

- | | | | |
|-------|--|-------|--|
| 4–6 | „Ende der Demokratie“ oder lebendige Demokratie? | 13 | Der erste Deutsche |
| 8–9 | Aussteigen oder bleiben? – Modernisierung in der ultra-orthodoxen Gemeinschaft Israels | 14–15 | Die Handelsbeziehungen zwischen Israel und Österreich |
| 10–11 | Wiedereröffnung des Jerusalemer Heinz Nittel Verkehrssicherheitszentrums | 16–17 | Minischaloms |
| 12 | Erinnerungen an Heinz Nittel | 18 | Ex Libris – Weltschatten |
| | | 19 | vom Yarkon nach Jaffo, dem Zionismus auf der Spur Nachman Syrkin |

Werden auch Sie **Mitglied der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft!**

Die Zeitschrift „schalom“ ist inkludiert!

Die Freundschaft mit den Menschen in Israel ist uns wichtig!

Das Formular finden Sie auf unserer Website: www.oeig.at

Unterstützen Sie bitte unsere Arbeit und erwägen Sie ein Spende!

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber: Österreichisch-Israelische Gesellschaft (ÖIG)
Lange Gasse 64/15, 1080 Wien, Österreich
ZVR 882403060
Website: www.oeig.at, e-mail: office@oeig.at

Präsidenten: Peter Florianschütz und Markus Figl
Generalsekretäre: Susi Shaked und Hans-Jürgen Tempelmayr
Chefredakteur: Hans-Jürgen Tempelmayr
Redaktion: Peter Florianschütz, Markus Figl, Susi Shaked
Grafik und Layout: Miriam Weigel
Lektorat: Siegfried Sorz

Redaktion/Anzeigenannahme: 0664 1769332
E-Mail: oeig08@gmail.com

Bankverbindung:
Bank Austria
IBAN: AT5611000002620801
BIC: BKAUATWW

Die in der Zeitschrift wiedergegebenen Artikel entsprechen nicht notwendigerweise der Meinung der Redaktion und der Herausgeber. Jeder Autor trägt die Verantwortung für seinen Beitrag. Es ist nicht die Absicht der Redaktion, die vollständige Übereinstimmung aller Mitarbeiter zu erzielen. Sie sieht vielmehr in einer Vielfalt der Meinungen die Grundlage einer fruchtbaren geistigen Auseinandersetzung. Die Redaktion nimmt keine Gewähr für unverlangt eingesandte Manuskripte. Beiträge und Leserzuschriften können auch redaktionell gekürzt wiedergegeben werden.

„Ende der Demokratie“ oder

von Ben Segenreich

Gegen 22 Uhr in der Nacht auf Montag, den 27. März, kam die Wende. Die Proteste gegen die von der rechtsreligiösen Regierung geplante Justizreform, die schon seit fast drei Monaten Israel aufgewühlt hatten, sprangen wie auf Knopfdruck in einen noch höheren Gang. Ohne vorherige Koordination ergossen sich gleichzeitig an Dutzenden Orten im ganzen Land gewaltige Massen auf die Straßen, mit mehr Energie, in vermutlich größeren Zahlen und mit deutlich mehr jungen Menschen als je zuvor. Sie schwangen Nationalflaggen, sprangen und tanzten, skandierten Parolen wie „Demokratie oder Aufstand“ und „Wir haben keine Angst“. In Tel Aviv blockierten sie bis in die frühen Morgenstunden die Stadtautobahn und scharten sich um lodernde Scheiterhaufen. In Jerusalem durchbrachen sie Polizeibarrieren und kamen bis unmittelbar an das Wohnhaus von Premier Benjamin Netanjahu in der Gasa-Straße heran. Dem folgte am Vormittag ein weiterer spektakulärer Paukenschlag. Im Gewerkschaftshauptquartier in der Tel Aviver Arlosorov-Straße versammelten sich Arbeitnehmer-Vertreter Schulter an Schulter mit Bankenchefs, Versicherungsdirektoren, Großunternehmern. Arnon Bar-David, Boss des Gewerkschaftsbunds „Histadrut“, rief mit sofortiger Wirkung einen Generalstreik aus: „Das ist ein historischer Tag. Wir sind alle in Sorge um das israelische Volk. Das ist der Moment, um gemeinsam den Staat Israel wieder zur Vernunft und auf den richtigen Weg zu bringen.“ Krankenhäuser, Schulen und Universitäten, die Flughäfen und Seehäfen stellten den Betrieb ein. Gemeindeverwaltungen, der diplomatische Dienst, private Einkaufszentren schlossen sich dem Streik an. Die erklärte Absicht war es, das Land lahmzulegen, um den Ernst der Lage anzuzeigen.

„DEN PROZESS STOPPEN UND REDEN“

Woher war dieser Extra-Impuls für die Proteste gekommen? Am Sonntag um 21.09 Uhr hatte das Amt des Premierministers lakonisch mit einem einzigen Satz mitgeteilt, Netanjahu habe „beschlossen, Verteidigungsminister Yoav Gallant zu entlassen“. 24 Stunden zuvor war Gallant vor die Kameras getreten und offen von der Linie seines Partei- und Regierungschefs abgewichen. Als erster prominenter Politiker der großen Regierungspartei Likud forderte Gallant den Stopp der Justizreform: „Zu diesem Zeitpunkt müssen wir den Prozess stoppen, um uns hinzusetzen und zu reden.“ Er sei zwar grundsätzlich für eine Justizreform, doch „die sich vertiefende Spaltung



Foto: Avi Rozen, Shutterstock

der Gesellschaft dringt auch in die Armee und die Sicherheitsdienste ein. Das ist eine klare und konkrete Gefahr für die Sicherheit des Landes.“ Der Ex-General Gallant, als Politiker bisher ziemlich farblos und nicht besonders populär, ist damit wohl in die Geschichtsbücher eingegangen. Doch Netanjahu blieb unbeeindruckt und reagierte mit Gallants Entlassung. Damit bekam die Krise, über den Streit um die Justizreform hinaus, eine zusätzliche Dimension. Die Empörung schwappte auch deswegen über, weil der Premierminister die Warnungen seines eigenen Verteidigungsministers vor militärischen und terroristischen Bedrohungen vom Tisch wischte und damit in den Augen vieler Israels Sicherheit gefährdete.

Angesichts der spontanen Eruption war nun klar, dass Netanjahu handeln musste. Doch den ganzen Montag wartete man vergeblich auf ein Statement. Netanjahu war in eine Zerreißprobe geraten. Als Premierminister musste er das Wohl des Landes im Auge haben, und der nationale Zusammenhalt, die Verteidigungsbereitschaft, die Stabilität der Wirtschaft standen auf dem Spiel – es war klar, dass die Justizreform so nicht fortgesetzt werden konnte. Doch in seinem Lager gab es noch immer viele, die sagten, dass man den Wählern diese Reform versprochen habe und sich nicht dem Druck der Straße beugen durfte – für Netanjahu bestand also die Gefahr, dass seine Koalition zerbröckelt. Erst Montag Abend trat der Premier, sichtlich angeschlagen und ermüdet, endlich vor das Volk und verkündete, dass die Reformgesetz-

lebendige Demokratie?



gebung „suspendiert“ sei. Die politische Auszeit bis zum Beginn der Sommersitzungsperiode des Parlaments solle genützt werden, um mit der Opposition eine einvernehmliche Justizreform auszuhandeln. Unmittelbar danach bestätigten Benny Gantz und Yair Lapid, die Chefs der beiden größten Oppositionsparteien, ihre Bereitschaft zu solchen Verhandlungen.

GEBREMST UND ZURÜCKGESCHNITTEN

Netanjahu, der es unter dem Druck von Justizminister Yariv Levin, dem medienscheuen Mastermind der Reform, beharrlich abgelehnt hatte, den Run auch nur für eine Minute zu stoppen, hat also letztlich nachgeben müssen. In der ursprünglichen Form vorgelegt hatte Levin den Plan, der aus seiner Sicht zur „Reparatur der Demokratie“ führen soll, am 4. Januar. Sofort begannen Protestaktionen, die von Woche zu Woche größer und heftiger wurden. Immer eindringlicher und aufgeregter wurden zugleich die Warnungen aus der Elite der Gesellschaft – von Juristen, hohen Reserveoffizieren, früheren Leitern der Geheimdienste, Finanzexperten, Hightech-Unternehmern, Bürgermeistern bis hin zum Staatspräsidenten Jizchak Herzog – vor dem „Ende der Demokratie“, einer „faschistischen Diktatur“, einem „Putsch“, einem „Bürgerkrieg“, dem „Zerfall der Armee“ und dem „Zusammenbruch des Staates“.

Unter diesem Gegenwind war das Projekt ohnehin schon längst gebremst und zurückgeschnitten worden.

Die geplante Reform war ja nicht mit einem Federstrich zu erledigen. Sie besteht aus einem Paket von vielen Gesetzen, von denen jedes einen langen Weg durch die Vorbereitung in einem Parlamentsausschuss und dann drei Abstimmungen im Plenum durchlaufen müsste. Die Regierung hatte vorgehabt, das ganze Paket binnen drei Monaten durchzudrücken. Doch schon Mitte März war klar gewesen, dass bis zum Ende der Wintersitzungsperiode am 2. April höchstens noch ein Drittel des Pakets endgültig verabschiedet werden konnte, auch das zum Teil nur in abgemilderter Form, und der Rest vorläufig liegen bleiben würde. Nun ist also alles liegen geblieben.

LEBENDIGE DEMOKRATIE

Ohne Zweifel hat Israel in diesen drei Monaten das Bild eines tief zerstrittenen, ja zerrissenen und dadurch gefährdeten Landes geboten. Zugleich zeigte Israel der Welt aber ein großartiges Schauspiel und Beispiel von lebendiger und gelebter Demokratie. Hier hat eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, die unerschrocken ihre Werte verteidigt, laut ihre Meinung sagt und persönliche Opfer bringt, eine ganz konkrete Wirkung erzielt. Und trotz der unüberschaubaren Zahl der großen und kleinen Kundgebungen, trotz der unglaublichen Menge und Dichte der Teilnehmer, trotz der gewaltigen Emotionen – viele sahen sich in einem Kampf um das „Überleben unseres Staates“ – blieb alles friedlich! Ja, es gab Reibereien mit der Polizei, manchmal brutale Festnahmen, vereinzelte Einsätze von Wasserwerfern und Blendgranaten, leichte Verletzungen, aber das war vernachlässigbar im Verhältnis zu den Ausmaßen des Ereignisses.

Ein bisschen überspitzt könnte man sagen: Die Parolen vom „Ende der Demokratie“ haben sich selbst widerlegt. Wenn man so ungehindert und wirksam für die Demokratie demonstrieren kann, dann kann von einem Ende der Demokratie keine Rede sein. Damit ist verbunden, dass manche Aussagen über die Justizreform nur halb wahr oder ganz falsch sind. Im Brennpunkt der Reform steht der Oberste Gerichtshof (OGH). Immer wieder hörte man etwa, dass die Reform den OGH schwächen würde. Das klingt problematisch und ist es auch, aber hier fehlt der Kontext. Die ganze Wahrheit ist, dass der OGH von einer sehr starken Ausgangsposition her geschwächt werden soll. Von allen Ländern der Welt hat Israel wahrscheinlich den stärksten, einflussreichsten, „aktivistischsten“ OGH. Er kann vom Parlament beschlossene Gesetze kippen. Vor



Foto: Rehovot, Israel – März 2023. Oren Ravid (Shutterstock)

Allem aber greift er regelmäßig in die Politik ein, indem er Entscheidungen der Regierung, einzelner Minister oder von Gemeindepolitikern außer Kraft setzt.

DAS OGH-DILEMMA

Der OGH begründet seine Beschlüsse dabei nicht unbedingt mit Gesetzen, sondern kann eine „Angemessenheitsbegründung“ anführen – das heißt, eine von demokratisch gewählten Politikern getroffene Entscheidung, die kein Gesetz verletzt, kann aufgehoben werden, bloß weil sie von der subjektiven Weltanschauung der Höchstrichter und -richterrinnen her „extrem unangemessen“ ist. Eben das sei undemokratisch und müsse geändert werden, sagen die Befürworter der Justizreform. Hier spielt herein, dass Israel zwar 13 „Grundgesetze“ im Verfassungsrang, aber noch immer keine „komplette“ Verfassung hat. Den Kern des komplizierten Streits um die Justizreform bildet einfach das OGH-Dilemma. Einerseits: Der OGH füllt die Lücken beim Schutz von Menschen-, Freiheits- und Minderheitenrechten – er ist also eine Art „Verfassungs-Ersatz“, essentiell für die Demokratie, und sollte daher nicht angetastet werden. Andererseits: Eine nicht absetzbare, nicht vom Volk gewählte Richter-„Clique“ nützt das Fehlen klarer Verfassungsvorschriften aus, um sich Autorität über demokratisch gewählte Organe anzumaßen. Mit anderen Worten: Weil es keine Verfassung gibt, braucht man den OGH – und weil es keine Verfassung gibt, macht der OGH, was er will.

Jenes Element der Reform, über das zuletzt am meisten gestritten wurde, ist eine neue Prozedur zur Ernennung

der Höchstrichter. Dadurch würde die jeweilige Parlamentsmehrheit großen Einfluss auf die Besetzung des OGH bekommen. Reformgegner sahen etwa schon allein darin das „Ende der Demokratie“, denn in einer Demokratie sei es einfach undenkbar, dass die Höchstrichter von Politikern ernannt würden. Das Argument war immer und überall zu hören, ist aber schlicht falsch. In Österreich werden die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs von Bundesregierung, Nationalrat und Bundesrat vorgeschlagen und vom Bundespräsidenten ernannt. In Deutschland werden die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts durch Bundestag und Bundesrat gewählt. In der Schweiz und in Schweden ist es ähnlich. In den USA werden die Höchstrichter vom Präsidenten ausgesucht und vom Senat bestätigt.

HOFFNUNG AUF EINE BEHUTSAME JUSTIZREFORM

Schon seit vielen Jahren wird in Israel über eine Reform des Justizsystems nachgedacht, die den übergroßen Einfluss des OGH ausbalancieren würde. Vorschläge waren etwa von den früheren Justizministern Daniel Friedmann und Gideon Saar gekommen. Der Reformplan der neuen Regierung, einseitig entworfen, mit demokratiegefährdenden Elementen versehen und hastig vorangetrieben, wird laut einer Umfrage inzwischen schon von 62 Prozent der Bevölkerung abgelehnt. Doch für eine behutsamere Reform wären jetzt auch große Teile der Opposition zu haben. Vertreter der verschiedenen Knesset-Fraktionen verhandeln darüber seit 28. März in der Präsidentenkanzlei in Jerusalem.

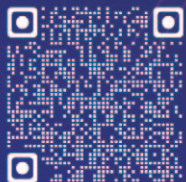
Mein Blick auf Wien gibt dir 1.000 Einblicke.

Ich bin ivie. Mit mir kannst du alle Geheimtipps Wiens kennenlernen. Hunderte spannende Orte warten darauf, von dir entdeckt zu werden.

Denn eines ist sicher:
ich habe viel zu erzählen.



Jetzt gratis downloaden



Deine offizielle
City Guide App

ivie.wien.info

Aussteigen oder bleiben? – Modernisierung in der ultra-orthodoxen Gemeinschaft Israels

von Eleonore Eppel-Lappin

Aussteiger ...

Am 9. und 10. März dieses Jahres zeigte das **Theater Hamakom** das berührende Stück „**My Way**“. Es erzählt die Geschichte von Chaim und Rivki, zwei jungen Menschen, die in kinderreichen, streng religiösen ultra-orthodoxen Familien in Jerusalem aufwuchsen und sich entschlossen, ihre Gemeinschaft zu verlassen und sich der israelischen Mehrheitsgesellschaft anzuschließen. Gespielt wurden die beiden Charaktere von **Avi Ofir** und **Tess Meir**, die selbst die ultra-orthodoxe Gemeinde verließen. **Adi Goral**, die das Stück zusammen mit den beiden Darsteller:innen erarbeitete, wuchs in einer säkularen Familie auf, engagiert sich jedoch seit vielen Jahren bei der NGO „**Out for Change**“ (Leshinuy), die Ultra-Orthodoxen Aussteiger:innen dabei hilft, sich in der säkular geprägten Gesellschaft zurechtzufinden. „Out for Change“ hat Bildungsangebote für junge Aussteiger, die in der Schule weder Mathematik noch Englisch gelernt haben. Sie bietet den Aussteiger:innen die Möglichkeit zu Aussprache sowie finanzielle Hilfe. Die Geschichten der Menschen, die Adi Goral bei ihrer Tätigkeit bei „Out for Change“ kennen lernte, flossen in „My Way“ ein. Dies gibt dem Stück große Authentizität. Das Autor:innenkollektiv behandelt das schwierige Thema mit Humor und Verständnis für die ultra-orthodoxe Gemeinschaft und jene, die sie verlassen. Im Stück erzählen Chaim und Rivki „ihre“ Geschichten, die Gründe, warum sie ihre Gemeinschaft verließen, die emotionalen, sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die damit verbunden waren, und wie es ihnen schließlich gelang, ihren Platz in der neuen und in der alten Umgebung zu finden. Letztlich ist „My Way“ eine Erfolgsgeschichte, weil es den beiden Charakteren gelingt, ihre Träume verwirklichen und ein neues, befriedigendes Leben aufzubauen. Beide unterhalten auf unterschiedliche Weise weiterhin Kontakt mit der ultra-orthodoxen Gemeinschaft.

Wissenschaftliche Erhebungen bestätigen das Bild, das im Theaterstück gezeichnet wird. 13,5 % der israelischen Bevölkerung sind ultra-orthodox. Etwa 3.500 Frauen und Männer im Alter zwischen 20 und 39 Jahren verlassen jährlich die ultra-orthodoxe Gemeinschaft, das entspricht knapp 10 % jedes Geburtenjahrgangs. 2021 bezifferte eine Studie die Zahl an „Aussteiger:innen“ im Alter von 20–64 Jahren, die in Israel leben, mit insgesamt 53.400. Von diesen definieren sich 34.300 nach wie vor als reli-

giös oder sehr religiös, nur 19.100 verstehen sich als säkular. Interessant ist auch, dass der Anteil von Männern (52 %) und Frauen (48 %) fast gleich ist.

Und Bleiber ...

Der Ausstieg aus der ultra-orthodoxen Gemeinschaft ist schwierig, emotional aber auch wirtschaftlich; denn aufgrund ihrer mangelhaften Schulbildung können Aussteiger:innen zunächst nur schlecht bezahlte Arbeitsplätze finden und müssen ihr Bildungsdefizit aus eigener Kraft aufholen. Gleichzeitig bedeutet die Abkehr von der Ultra-Orthodoxie in fast zwei Drittel der Fälle keine Abkehr von der jüdischen Religion, was bei vielen zu einem Gefühl der Zerrissenheit führt. Eine wachsende Zahl junger Erwachsener, zwischen 20 und 40 Jahren, versuchen daher, Modernisierung mit ihrem ultra-orthodoxen Lebensstil zu verbinden, ihre Gemeinschaft also nicht zu verlassen. Ein wichtiges Instrument, sich mit modernen, säkularen Ideen vertraut zu machen und ein ultra-orthodoxes Leben zu führen, ist das Internet. Viele Rabbiner verbieten die Verwendung von Internet. In den großen ultra-orthodoxen Zentren wie Jerusalem und Benei Brak ist die soziale Kontrolle häufig stark genug, um dieses Verbot durchzusetzen. Doch gerade die jungen Paare können sich die teuren Wohnungen in Jerusalem und Benei Brak nicht leisten und siedeln sich in ultra-orthodoxen Gemeinschaften in kleineren Städten in der Peripherie an. 130.000 von ihnen wohnen in der besetzten Westbank nahe der Green Line, nicht aus ideologischen, sondern aus finanziellen Gründen. Hier ist die Kontrolle durch die Rabbiner weniger strikt, mit dem Internet kommen moderne Ideen zu den Menschen.

Modernisierte Ultra-Orthodoxe benutzen die Sozialen Medien, um ihre Ideen einer breiteren ultra-orthodoxen Öffentlichkeit zu vermitteln. Eine der bekanntesten Vertreterinnen dieser Gruppe ist **Pnina Pfeuffer** mit ihrer NGO „**New Haredim**“ (Neue Ultra-Orthodoxe). Pnina Pfeuffer wuchs in einer ultra-orthodoxen Familie in Jerusalem auf, wo sie auch heute noch mit ihren beiden Töchtern lebt. Wie sie beteuert, war sie von Kindheit an Feministin. Ihr sozialer Aktivismus, der sich besonders auf die Besserstellung der arbeitenden ultra-orthodoxen Frauen bezieht, ergibt sich für sie aus der Soziallehre des Judentums. Für Pnina Pfeuffer ist Bildung der Schlüssel zur Modernisierung. Sie setzt sich für eine bessere



säkulare Allgemeinbildung der ultra-orthodoxen Männer ein, damit auch diese in den Arbeitsprozess einsteigen und ihre Frauen beim Broterwerb unterstützen können. Pnina erreicht ihr Publikum über soziale Medien. In ihren Facebook-Gruppen können ultra-orthodoxe Männer und Frauen geschützt durch Pseudonyme über ihre Probleme und Wünsche sprechen. Damit dringen moderne Ideen in die Gesellschaft ein. Pnina betont, dass heute ultra-orthodoxe Mütter in den Parks offen mit anderen Müttern über Geburtenkontrolle sprechen – ein wichtiger Schritt zur weiblichen Selbstbestimmung, bei dem sie jedoch bisweilen auch von ihren Männern unterstützt werden. Tatsächlich ist die Geburtenrate in der ultra-orthodoxen Gemeinschaft in den letzten Jahren ein wenig gesunken. Moderne Ideen finden Einlass, werden diskutiert und zeigen Wirkung.

Die vorsichtige Modernisierung der Ultra-Orthodoxen in den letzten Jahren hat auch mit Regierungsprogrammen zu tun. Die Einführung von getrenntgeschlechtlichen Universitätsprogrammen ist zwar umstritten, wird aber von ultra-orthodoxen Männern und Frauen gerne angenommen. Ein Übergang von solchen Lehrgängen zu den säkularen Universitätsstudien ist möglich. Tatsächlich steigt auch hier die Zahl der ultra-orthodoxen Studierenden.

Die steigende Zahl von Ultra-Orthodoxen mit besserer Allgemeinbildung ist das Resultat von Regierungsprogrammen. 2007 stellte eine von der Regierung Ehud Olmert in Auftrag gegebene Studie fest, dass gerade die Gesellschaftsgruppen mit den höchsten Geburtenraten – die arabische und die ultraorthodoxe – die geringste Erwerbsquote hatten. Angesichts der Vollbeschäftigung in Israel beschloss die Regierung, Maßnahmen zur Verbesserung der sozio-ökonomischen Integration der Angehörigen dieser Gruppen zu ergreifen. Die Regierungen von Ehud Olmert und 2015 Benjamin Netanyahu stellten dafür großzügige Mittel zur Verfügung, deren Resultate wir heute erkennen können. Trotzdem schreitet die Modernisierung in der ultra-orthodoxen Gesellschaft nur

langsam voran. Die starke Verwurzelung in der Religion und in der ultra-orthodoxen Lebensweise führen jedoch zu neuen Synthesen von Traditionalismus und Moderne.

Politische Modernisierung

Die Modernisierung, also eine Öffnung zur israelischen Mehrheitsgesellschaft, wirkt sich auch auf das Wahlverhalten junger Ultra-Orthodoxer aus. In der Regel ist die Wahlbeteiligung bei den Ultra-Orthodoxen überproportional, weil sie von ihren Rabbinern aufgefordert werden, die ultra-orthodoxen Parteien Agudat Israel und Degel haThora (heute zusammen Vereinigtes Thorajudentum) oder Shas zu wählen. Diese Parteien betreiben eine strenge Klientelpolitik und koalieren mit jenen säkularen Parteien, die ihnen die weitestgehenden Zugeständnisse machen. Ihre politischen Ziele sind die Absicherung der Jeschiwot, die Kontrolle der religiösen Gerichte über das Familienrecht und der Einfluss der Religion auf das öffentliche Leben wie z. B. die Einstellung des öffentlichen Verkehrs am Shabbat, um nur einige zu nennen. Andere Aspekte der Politik, wie zum Beispiel Sicherheitsfragen, behandeln sie nicht, da sie den säkularen Staat Israel nie voll anerkannt haben.

Anders verhält sich die junge Generation der 20–40-jährigen. Durch bessere Bildung, stärkere Integration in die Arbeitswelt und das Internet sind sie moderner – „israelischer“ – geworden und haben die Vorbehalte gegen den säkularen Staat Israel abgelegt. Daher wählen sie nicht mehr zwingend die Parteien, die ihre Rabbiner vorgeben, sondern solche, die weit rechts stehen, wie z.B. die „Jüdische Kraft“ (Otzmah Jehudi) von Itamar ben Gvir oder die Religiösen Zionisten von Bezalel Smotrich. Die ultra-orthodoxe Gemeinschaft lebt in gewählter Isolierung von der säkularen Welt und fühlt sich dieser aufgrund ihrer Frömmigkeit überlegen. Gleichzeitig empfinden sich viele Junge wirtschaftlich marginalisiert und frustriert. Dazu kommt eine diffuse Angst vor den Palästinensern, die durch Terrorangriffe genährt wird. Dies alles macht sie empfänglich für die Politik der rechtsextremen national-religiösen Parteien.

Die Modernisierung der ultra-orthodoxen Gemeinschaft geht mit erheblichen Spannungen einher, für die Aussteiger ebenso wie für jene, die in der Gemeinschaft drinnen bleiben.

Wiedereröffnung des Jerusalem Heinz Nittel Verkehrssicherh

Am 29. März 2023 fand in Anwesenheit des Jerusalemer Bürgermeisters Moshe Lion, des Österreichischen Botschafters Nikolaus Lutterotti, dem Präsidenten der Jerusalem Foundation Shai Doron, Andreas Nittel, Sohn von Heinz Nittel, und weiteren Gästen die Einweihungszeremonie des renovierten Nittel Verkehrssicherheitszentrum statt. Dank einer Förderung der Stadt Wien durch die Jerusalem Foundation konnte das Zentrum in

hungen zwischen der Stadt Wien und Jerusalem und betonte, wie sehr dieses Zentrum im Andenken an Heinz Nittel Leben rettet.

Die Botschaft des leider verhinderten Wiener Bürgermeisters Dr. Michael Ludwig wurde vom österreichischen Botschafter Nikolaus Lutterotti vorgetragen.



Der Jerusalemer Bürgermeister Moshe Lion während der Einweihungsrede

den letzten Monaten neugestaltet werden. Der Ort simuliert eine Stadt mit Straßen, Zebrastreifen und Kreuzungen. Jedes Jahr lernen dort über 15.000 SchülerInnen praktisch und theoretisch über Verkehrssicherheit. Das Ausbildungszentrum wurde 1983 mit einer großzügigen Spende der Stadt Wien und der Österreichisch-Israelschen Gesellschaft (OEIG) auf Wunsch des in Wien aufgewachsenen damaligen Bürgermeisters von Jerusalem, Teddy Kollek, errichtet. Benannt ist das Zentrum nach Heinz Nittel, damaliger Wiener Stadtrat und Präsident der OEIG, der am 1. Mai 1981 in Wien von einem Terroristen ermordet wurde.

Der Jerusalemer Bürgermeister Moshe Lion würdigte die herzlichen und langjährigen Bezie-



Botschafter Österreichs Nikolaus Lutterotti, Andreas Nittel und der Präsident der Jerusalem Foundation Shai Doron (von links nach rechts) vor der neuen Spendertafel



Der Jerusalemer Bürgermeister Moshe Lion (Bildmitte rechts) mit dem Botschafter Österreichs Nikolaus Lutterotti (Bildmitte links), der Präsident der Jerusalem Foundation Shai Doron (rechts außen), Vizebürgermeisterin Jerusalems Hagit Moshe (zweite von links) und Andreas Nittel (zweiter von rechts) bei der Einweihung

emer eitszentrums



Übungsbereich des Zentrums

Die Pressemitteilung der Stadt Wien finden Sie unter:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230329_OTS0096/stadt-wien-foerdert-sanierung-des-heinz-nittel-road-safety-training-center-in-jerusalem

Der Landeshauptmann und Bürgermeister von Wien teilte mit:

„Ich freue mich, dass die Stadt Wien in ihrer jahrzehntelangen Verbundenheit mit Jerusalem dazu



Eine gelungene musikalische Umrahmung des Programms mit den jungen MusikerInnen

beitragen kann, dass in Zukunft noch mehr Jerusalemer Schülerinnen und Schüler in Trainings sicheres Verhalten im Straßenverkehr erlernen. Sicherheit im Straßenverkehr ist eines der wichtigsten Werkzeuge, die wir Kindern auf dem Weg zur Selbständigkeit mitgeben können, dabei darf kein Kind zurückgelassen werden. Das entspricht auch dem Geist des großen Wiener Politikers und Weltbürgers Heinz Nittel.“

Der Präsident der Jerusalem Foundation, Shai Doron, sagte:

„Unsere Beziehung zur Stadt Wien ist eine herzliche und langjährige Beziehung, die in den Tagen von Teddy Kollek begann, und wir freuen uns, sie mit dem derzeitigen Bürgermeister fortzusetzen. Das Verkehrssicherheitszentrum ist ein sehr wichtiger Ort, um die Sicherheit aller Kinder Jerusalems zu gewährleisten.“

Das jugendliche Quintett des Jerusalemer Konservatoriums verlieh dem würdigen Anlass eine besondere Atmosphäre.

jerusalem foundation

Fotos: Arnon Busani



Der Eingangsbereich des Zentrums

Erinnerungen an Heinz Nittel

Erik Hanke, ein Jugendfreund Heinz Nittels, erinnert sich

Zuerst konnte ich es nicht glauben, als ich die Meldung im Radio hörte, dass Heinz Nittel, der am 1. Mai 1981 zum Aufmarsch fahren wollte, wenige Meter vor seinem Haus kaltblütig erschossen worden war. Ich konnte und wollte es nicht glauben. Heinz Nittel war damals Präsident der österreichisch-israelischen Gesellschaft und offenbar deshalb im Fokus der Abu-Nidal-Gruppe, die wenige Monate später auch einen Anschlag auf die jüdische Synagoge verübte. Natürlich wurde der Maiaufmarsch abgesagt, aus Respekt vor dem Ermordeten fand eine Massentrauerkundgebung statt. Heinz Nittel war Brückenbauer im weitesten Sinne des Wortes und Heinz Nittel war so etwas was man einen korrekten, sachkundigen, kontrollorientierten Stadtrat bezeichnen würde. Er war so penibel, dass die großen Brücken, die er gebaut oder erneuert hat, an den von ihm vorausgesagten Tag auch eröffnet wurden. Als kleinen Aperçu füge ich dazu, es war stets ein Geburtstag eines seiner Familienmitglieder. Auch das wirft ein Bild auf Heinz Nittel, der zwei Seiten hatte. Der korrekte, pflichterfüllte Politiker ist bereits in den Jugendjahren der SPÖ beigetreten. Und wurde aufgrund seines Engagements bald zum Präsidenten der Sozialistischen Jung-Internationale gewählt, wo er alle europäischen Schwesterorganisationen kennenlernte und seine Fähigkeit zur Ausbalancierung unterschiedlicher gesellschaftspolitischer Einstellungen erproben konnte. Es ist ihm gelungen, auch wenn er später selbst zum Establishment zählte. Es gab auch jenen Heinz Nittel, der seine Selbstbeherrschung und Korrektheit abstreifte, wenn er in seinem Jazz Keller war, Platten auflegte im Kreise seiner Freunde oder allein mit seiner

Frau, einer engagierten, mutigen und herzlichen Sozialdemokratin, die er in der SJ (Sozialistische Jugend) kennengelernt hatte. Auch ich hatte mehrmals die Gelegenheit, mich mit Heinz Nittel in diesem Keller zu treffen und erinnere mich besonders intensiv an das letzte Treffen mit ihm und dem israelischen Botschafter, zwei Wochen vor seinem Tod.

Das Gespräch war anregend, spannend und als der Botschafter nach Hause fahren wollte, ließ er sich ein Taxi rufen. Er meinte, Bewachung habe er nicht notwendig. Wir lebten damals in scheinbar friedlichen toleranten Zeiten. Wie sich zwei Wochen später herausstellte, war es nur scheinbar so.

Wenn ich sage er war Brückenbauer, so war er Brückenbauer zwischen unterschiedlichen Ethnien, Glaubensvorstellungen, Religionen und Lebensentwürfen. Er war einer der ersten, der begonnen hat, die Shoa öffentlich in Erinnerung zu bringen und mit seinem Jewish Welcome Committee erfolgreich versucht hat, emigrierte Juden nach Wien zurückzuholen, damit sie ihre Heimatstadt noch einmal sehen konnten, die Häuser, in denen sie gelebt hatten und die Atmosphäre einer Stadt, die begann sich zu öffnen.

Er hat unermüdlich dafür gekämpft, dass Österreich und Israel sich versöhnen und Israel Österreichs Bemühungen um die Aufarbeitung der schuldhaften Vergangenheit in Angriff zu nehmen, wertschätzen möge. Es hat lange Zeit gedauert, bis der spätere Bundeskanzler Franz Vranitzky anlässlich einer Rede in Jerusalem offiziell die Mittäterschaft Österreichs und damit für die Schuld

Österreichs an der Vertreibung der Juden eingestanden hat. Vorher hatte das offizielle Österreich dazu geschwiegen.

Die Trauer um ihn war groß. Ich habe anlässlich des 10. Wiederkehr des Attentates auf ihn ein Buch gemeinsam mit einem Freund veröffentlicht, da ich wollte, dass seine mehr als nur ehrenhafte national wie international versöhnende und brückenschlagende Bedeutung der Nachwelt aufbewahrt wird. Ich bin einer der Wenigen, zumindest aus der Politikerriege, die ihn noch persönlich gekannt hatte, mit ihm viel erleben durfte und der mich oft zum Nachdenken und Neudenken veranlasst hat.

Auf sein Ersuchen hin bin ich der österreichisch-israelischen Gesellschaft beigetreten und bin bis heute dort aktives Mitglied. Es geht heute mehr denn je, Heinz Nittels Erbe aufrecht zu erhalten und alle Tendenzen zu bekämpfen, die wieder zu Rassismus, Nationalismus, Terrorismus und Verachtung von anders Denkenden führen. Das gibt mir als altem Menschen, dessen Mobilität eingeschränkt ist, die Kraft, mich weiterhin zu engagieren.



KR Prof. Erik Hanke *1933
Obmann der Wiener Kinderfreunde,
langjähriger Generaldirektor der GEWISTA,
Gemeinderat in Wien,
Präsident des Vereins Licht ins Dunkel u.v.m.
Aktives Beiratsmitglied in der ÖIG

Der erste Deutsche

von Susi Shaked

Der 1938 in Dresden geborene Dieter Löffler kam am 13. Jänner 1960 als erster deutscher Facharbeiter in Israel an.

Israel hatte nach dem Holocaust noch keine diplomatischen Beziehungen zu Deutschland und in den Pässen der israelischen Staatsbürger stand der Vermerk „Valid for all countries of the world except Germany“. Zwischen den beiden Ländern herrschte Eiszeit. Die Wunden der Vernichtung von Millionen Juden saßen tief. Man hatte eben Eichmann in Südamerika ausgeforscht, nach Israel gebracht und sein Prozess stand an.

Das war die Zeit als Dieter Löffler in Israel landete. Als Sohn eines Finnen und einer Deutschen wuchs er in Radeboil bei Dresden mit seiner Schwester auf. Sein finnische Vater, Chef einer finnischen Druckereifarbenfabrik, sprach fünf Sprachen, reiste oft als Dolmetscher nach Russland und war Dolmetscher bei der Übergabe von Teilen Nazideutschlands an die Russen.

Obwohl Radeboil nahe von Dresden liegt, wurde der Ort von der schrecklichen Bombardierung am Ende des Krieges verschont. Diese Region wurde ein Teil Ostdeutschlands.

Nach dem Krieg wurde Löfflers Vater im Laufe politischer Intrigen von den Russen verschleppt und verschwand auf immer Wiedersehen. Dieter wuchs im Kommunismus auf. Er begann schon als Teenager Fluchtpläne zu schmieden. Mit 17 Jahren wagte er einen Radausflug mit einem Freund über die Grenze in den Westen. Auf diese Weise gelang ihm die Flucht aus Ostdeutschland. Seither hat er seine Mutter und

seine geliebte Schwester nie mehr zu Gesicht bekommen. Westliche Verwandte nahmen ihn in München auf und ermöglichten es ihm bald mit einer Druckerlehre zu beginnen.

Ich war der erste Deutsche der eine Arbeitserlaubnis nach Israel bekam.

Zu der Zeit kaufte Israel die ersten Offset Druckmaschinen aus Deutschland und suchte dringend Facharbeiter zur Einschulung von israelischen Druckern an den deutschen Maschinen. Dieter meldete sich sofort – als Einziger. Eine entfernte Verwandte lebte seit 1938 mit ihrem jüdischen Ehemann in Israel und so hoffte er auch einen familiären Kontakt zu finden. Es sollte ein halbes Jahr dauern, bis der junge Mann von Israel genug geprüft und durchleuchtet worden war um als erster deutscher nichtjüdischer Arbeiter eine Arbeitserlaubnis und ein Aufenthaltsvisum zu erhalten.



Am 13. Jänner 1960 landete er in Israel, fand Anschluss an seine Familie. Eine neue Welt eröffnete sich ihm. „Es war die schönste Zeit meines Lebens.“

Es wurden vier Jahre, die Dieter in Israel blieb. Es war eine Zeit des Aufbruchs.

Von den Verbrechen der Nazis erfuhr er erst durch den Eichmann-Prozess, an dem er zwei Tage teilnahm und der ihn in seinem Inneren erschütterte. In Ostdeutschland war die Geschichtsaufarbeitung noch nicht weit gediehen. Außerdem war die offizielle Lesart: „Die Nazis waren die Wessis.“

Mit fast 85 Jahren verbringt Dieter mindestens fünf Wochen jedes Jahr in Israel, tut Gutes und betrachtet das Land als seine zweite Heimat.

Die Handelsbeziehungen zwischen Österreich und Israel Perspektiven für Innovation und Sicherheit

von Michael Laubsch

„Das Glas ist zu zwei Drittel voll“, konstatierte jüngst WKO-Chef Harald Mahrer während seines Besuchs in Israel. Er meinte damit die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Israel und Österreich. Interpretiert man die Aussage Mahrers richtig, könnte man davon ausgehen, dass das ökonomische Volumen in den Beziehungen beider Länder hervorragend ist, es fehlt nur noch ein kleiner Push nach oben, schon ist das Maximum erreicht.

DIE ÖSTERREICHISCH-ISRAELISCHE HANDELSKAMMER (AICC)



Ähnliches bestätigt die Österreichisch-Israelische Handelskammer in Wien (AICC). Diese ist bemüht, den Handel zwischen den Alpenrepublik und dem Staat im östlichen Mittelmeer auf eine Basis zu stellen, die es beiden Ländern ermöglicht, wirtschaftlich voneinander zu profitieren. Unsere Gesprächspartnerin beim AICC, **Diana Hayat**, bestätigte



Diana Hayat, Business Development Manager AICC

im Gespräch, dass es durchaus noch Luft nach oben gebe, die Handelsbilanz beider Staaten aber bereits jetzt eine Erfolgsgeschichte sei. Es habe in der Handelsgeschichte von Österreich und Israel zwar immer wieder

„Ups and Downs“ gegeben, aber gerade in diesen herausfordernden Zeiten, die zunächst von der Coronapandemie geprägt waren, gefolgt von Putins zweiter Invasion in die Ukraine, sei es Israel und Österreich gelungen, die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter auszubauen. Um dies erfolgreich weiter zu entwickeln, reiste wohl auch eine Delegation der österreichischen Wirtschaftskammer nach Israel.

Israels Wirtschaft ist 2022 – trotz Putins Krieg in der Ukraine – um rund sechs Prozent gewachsen. Israel investiert mehr als fünf Prozent seines Bruttoinlandsprodukts in die Forschung und gehört im Hightech-Bereich zu den Weltmarktführern. Ob Cybersicherheit, künstliche Intelligenz oder erneuerbare Energien, das Land bietet ein großes Potenzial für engere Kooperationen. Die EU-Region ist mit einem Anteil von 26 Prozent der wichtigste Exportmarkt für Israel, 35 Prozent der Importe des Landes stammen wiederum aus der EU. Mordechai Rodgold, Israels Botschafter in Wien, verweist immer wieder auf das große technologische Know-how seines Staates, nicht nur im Bereich der Cyber-Sicherheit und IT, sondern auch das wichtigste Thema für das 21. Jahrhundert spielt in der israelischen Wirtschaft eine tragende Rolle: *„Die Klimaziele der israelischen Politik sind ähnlich gestaltet wie jene Österreichs und der EU.“*

Kurz- und mittelfristig sind auch Israels Gasreserven für die EU und Österreich von Interesse. Die Vorräte des 2010 entdeckten Gasfeldes „Leviathan“ könnten Israels Eigenbedarf auf Jahrzehnte decken – und auch Europa helfen, permanent aus der selbstverschuldeten russischen Energieabhängigkeit auszubrechen. Dafür müssten allerdings die Leitungen von Ägypten nach Italien ausgebaut werden, mit der Perspektive, auch Wasserstoff zukünftig aus der MENA-Region zu importieren.

Neben den „offiziellen“ Institutionen wie Regierung und WKO will auch die Österreichisch-Israelische Handelskammer eine wichtige Rolle spielen, indem sie konkret und unterschwellig Unternehmen aus beiden Ländern zusammenbringt, Rahmenbedingungen positiv verändert für eine fruchtbare Zusammenarbeit, so die Juristin Hayat vom AICC. Die Kammer wird in Wien geleitet vom Anwalt Gabriel Lansky sowie dem ÖVP-Abgeordneten Martin Engelberg. Ziel sei es laut Hayat, neue Konzepte und Geschäftsmodelle besonders in den Bereichen Cyber Security, EnergyTech und AI aufzubauen und die Zusammenarbeit mit der „Startup-Nation“ Israel in diesen Bereichen zu stärken. Israel zählt zwar nur etwa 9,3 Millionen Einwohner:Innen und ist damit etwas größer als Österreich, aber kann laut neuester Daten etwa 9.500 aktive Startups vorweisen.

schen Israel und Österreich –

INNOVATIONSKRAFT DER ISRAELISCHEN WIRTSCHAFT

Österreich kann von engeren Wirtschaftsbeziehungen mit Israel in doppelter Weise profitieren: als Absatzmarkt für heimische Spitzentechnologie und vom israelischen Know-how der Forschungs- und Startup-Landschaft. Vor allem in den Bereichen Umwelttechnik, Abfallwirtschaft oder Energiewirtschaft seien die Erfahrung und Innovationskraft österreichischer Betriebe stark nachgefragt, so die Wiener Handelskammer. Israel hat sich weltweit den Ruf einer Startup-Nation aus vielerlei Gründen erfolgreich erarbeitet: Unzählige InvestorInnen, UnternehmerInnen, GründerInnen und PolitikerInnen sind in den letzten Jahren in das kleine, historisch umkämpfte Land im Nahen Osten gepilgert, um sich vom Durchhaltevermögen, der Geschäftstüchtigkeit und der Innovationskraft inspirieren zu lassen.

Das Militär als Inkubator

Die Erfolge in Israel haben durchaus mehrere Gründe: Zum einen ist das israelische Militär mittlerweile dafür bekannt, eine Talentschmiede für Innovation und unternehmerische Risikobereitschaft geworden zu sein, so widersprüchlich dies für europäische Ohren klingen mag. Fast alle Israelis, ob Frauen und Männer, müssen Militärdienst ableisten. In Armee-Einheiten wie der „Unit 8200“ oder das „Talpiot-Programm“ sind für viele junge UnternehmerInnen wichtige Stationen in der späteren Laufbahn. Als SoldatInnen arbeiten sie dort nicht nur neuesten Überwachungs- und Militärtechnologien, sondern können in jungen Jahren bereits die Führung größerer Grup-

pen und die Verwaltung von großen Budgets erlernen – alles Dinge, die man später als GründerIn braucht. Junge Israelis werden bereits im Alter von 17 von der Armee getestet, dabei werden IQ, körperliche und mentale Stärke, Führungsqualitäten, Motivation und Social Skills abgeprüft. Die besten und smartesten Talente kommen dann in die begehrten Eliteeinheiten, die längst als Karrieresprungbrett bekannt sind.

Investitionen in Forschung – enge Kooperation mit der EU

Israel ist, nehmen wir die BIP-Kennzahlen im internationalen Vergleich, eines der Länder mit den weltweit größten Ausgaben für Forschung und Entwicklung. Dessen Anteil liegt jährlich bei mehr als 5 Prozent – und ist damit Weltspitze vor anderen innovationsstarken Nationen wie Südkorea, Taiwan, USA oder Schweden.

Israel ist seit 2022 auch Vollmitglied des „Horizon Europe“-Programms, also des sehr großen Förderprogramms der EU für innovationstreibende Unternehmen und Startups.

Derzeit ist das Land vor allem an Forschungsk Kooperationen im Bereich Erneuerbarer Energie, Smart Mobility und Circular Economy interessiert. Zudem sind in Israel rund 550 multinationale Konzerne aktiv. Global agierende Firmen wie etwa Intel hat 10.000 Mitarbeiter im Land, andere IT-Riesen wie IBM, Amazon, Facebook, Google, PayPal, Apple, oder Samsung sind zumindest mit Büro, oft mit Forschungs-Einrichtungen vertreten, daher profitieren die jungen israelischen GründerInnen von der räumlichen Nähe zu den Weltmarktführern.

NEUE ULTRARECHTS-REGIERUNG ALS HEMMSCHUH DER HANDELS-BEZIEHUNGEN?

Diana Hayat vom AICC unterstreicht zunächst, dass ihre Kammer natürlich überparteilich aufgebaut ist und es daher zu keinen politischen Stellungnahmen kommen dürfe. Trotzdem sieht sie natürlich auch mögliche Gefahren und spricht von „Hindernissen“, die zukünftig auftauchen könnten. Beispielsweise könnten politische Grundsatzentscheidungen der israelischen Regierung auch AICC-Mitglieder dazu bewegen, ihr Engagement in und mit Israel zurückzufahren.

In einer transnational aufgebauten Wirtschaftsordnung muss man beispielsweise auch genau beobachten, wie Institutionen wie die EU auf Gesetzesvorhaben der Netanyahu-Regierung reagieren – es ist nicht auszuschließen, dass Brüssel hier Maßnahmen setzt, sollte sich Jerusalem nicht mehr an Verfassungs- und internationales Recht halten. Die gesellschaftliche Spaltung in Israel kann auch Auswirkungen auf die erfolgreichen GründerInnen im Land selber haben: Die teilweise ultrarechte Regierungskoalition gilt vielen dieser jungen UnternehmerInnen im Land als größte Bremse für die Fortentwicklung. Bei den jüngsten Demonstrationen gegen den Regierungskurs des von Korruptionsvorwürfen gezeichneten israelischen Regierungschefs, an denen zehntausende Protestierende teilnahmen, sah man viele Plakate gerade von VertreterInnen der Tech- und Startup-Branche, die um die veränderten Rahmenbedingungen fürchten: „*Ohne Demokratie kein Markt*“, meinen sie und fürchten erhebliche staatliche Eingriffe.

POKERFACE – KATZEN?

Hauskatzen sind ihren wilden Vorfahren genetisch nahe. Ein Zeichen von Schmerz in Ausdruck und Verhalten bedeutete für diese große Gefahr, daher merkt man auch einem wohl gefütterten Zimmertiger sein Bauch- oder Zahnweh nicht an.

Marcelo Feighelstein, Ilan Shimshoni und Anna Zamansky von der Haifa-Universität konnten mit Hilfe bildgebender IT und statistischer Messverfahren nun doch Schmerzzeichen bei Katzen definieren: Sie nahmen die Gesichter von 29 gesunden Hauskatzen vor und nach einer Operation und einige Zeit nach der Operation auf und verglichen Details der Gesichtsmuskulatur an 48 Messpunkten. Parallel dazu ließen sie mehrere Bilder der Versuchstiere auch durch ein Analyse-Netzwerk-Programm laufen, das sie nach Zufall verglich. Schwache Zeichen von Schmerz waren eindeutig erkennbar.

Die Studie hilft zum einen Tierärzten bei der Medikation, zum anderen bietet sie auch eine Basis für die Tierethik-Diskussion.

Nature (free access): https://www.nature.com/articles/s41598-022-13348-1?fbclid=IwAR1EZ2CSE5NtkpwEyCv7_HafpqH6WI2ra4kWCxhYIQF33WMDNwo_4P-2EA

CHATBOT Hilft gegen häusliche Gewalt

Michal Sela wurde von ihrem Mann brutal erstochen. Auf Initiative ihrer Schwester Lili Ben Ami entstand in Kooperation von Shiran Mlamdovsky Somech aus der israelischen Firma D-ID und Spring ACT, einer Schweizer non-profit-Organisation, die Menschenrechte mit IT verbindet, und der Expertise vieler Opfer häuslicher Gewalt der ChatBot Sophia.chat. Vorrangig bei der Entwicklung waren u. a. auch absolute Datensicherheit und Anonymität.

Ein ChatBot ist ein Computer-Programm, das automatisch Fragen online beantworten kann. Sophia.chat wurde so programmiert, dass es weltweit rund um die Uhr in mehreren Sprachen lebensrettende Auskünfte geben kann. Z. B. die Adresse der nächsten Polizeistation, die Vorbereitung von Daten und Dokumenten für das Gericht, Wohnmöglichkeiten und vieles mehr. Es gibt auch die Möglichkeit, Bilder, Filme, Protokolle und Dokumente hochzuladen.

Seit Dezember 2021 haben mehr als 15.00 Menschen aus 222 Ländern Sophia aufgesucht:

<https://sophia.chat/>

NoCamels: <https://nocamels.com/2023/03/meet-sophia-the-worlds-first-domestic-violence-chatbot/>

ES IST EIN WEIN GEWORDEN...

Wein wurde nach neuesten Erkenntnissen fast zeitgleich mit Getreide schon vor 11.000 Jahren kultiviert – speziell in zwei Regionen, im Kaukasus und im vorderen Orient, also auch in Israel. So berichtet eine Studie der Zeitschrift Science, an der 89 Forscher mitgewirkt haben.

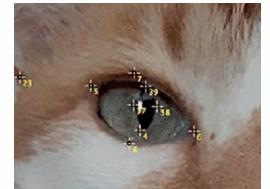
Aus der wilden Waldrebe wurde *Vitis vinifera*, der heute kultivierte Weinstock gezüchtet. Anhand von Genomanalysen lässt sich die Zucht in den beiden Ursprungsgebieten zurückverfolgen. Entgegen früherer Vermutungen, der heutige Wein käme ursprünglich aus dem Kaukasus, zeigte sich nach Untersuchungen aus alten Proben aus Israel, dass seine Gene eher der levantinischen Urform gleichen. Diese wurde zunächst für den Verzehr gezüchtet, erhielt allerdings auf ihrem Weg durch Europa einige „wilde“ Gene heimischer Sorten dazu, die sie für den Weinbau tauglich machten.

Der erste Nachweis von Kulturwein in Österreich sind übrigens Weinkerne aus einer Siedlung bei Stillfried aus dem 9. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung.

Wineorak: <https://wineorak.com/2023/03/02/big-news-new-genetic-evidence-shows-that-the-grapevine-was-domesticated-in-two-locations-and-3000-years-earlier-than-previously-thought/>

Science: <https://www.science.org/doi/10.1126/science.add8655> (kostenpflichtig)

Museum Stillfried: <http://www.museumstillfried.at/virtueller-rundgang/bronzezeit/>



© Lauren R. Finka et al

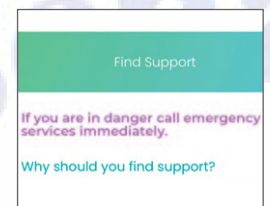


Foto: © Matthias Hinrichsen

(müller)

ms

hten aus Israel und
ll nicht (so) in den Medien zu finden ist.

DARIUS DER GROSSE, DER PERSER IN ISRAEL

Präsident Herzogs Mediensprecher Eylon Levy schaut bei einem Spaziergang im Tel Lachish-Nationalpark auf den Boden und sieht eine Scherbe mit Schriftzeichen. Wie es scheint alte Schriftzeichen. Von Berufs wegen neugierig schickt er das Keramikstück zur Analyse bei der Israel Antiquities Authority (Israelische Altertümerbehörde) ...

Saar Ganor von der Antiquities Authority und Haggai Misgav von der Hebräischen Universität Jerusalem staunten über den Zufallsfund: die Schrift gibt ein Datum an, nämlich „Jahr 24 des Darius“, das heißt 498 vor unserer Zeitrechnung! Darius der Große (522–486 vuz) war ein Herrscher der Achämeniden Dynastie und der Vater von Xerxes I, dem Ahasuerus oder Achashverosh aus der Purim-Mythologie – dort, wie auch im Stück „Die Perser“ von Aischylos wird Xerxes als unfähig dargestellt! – und Gegner der griechischen Stadtstaaten in den Schlachten von Marathon und Salamis.

Also schon Darius vor 2.500 Jahren, deutlich vor Xerxes und der Geschichte von Purim.

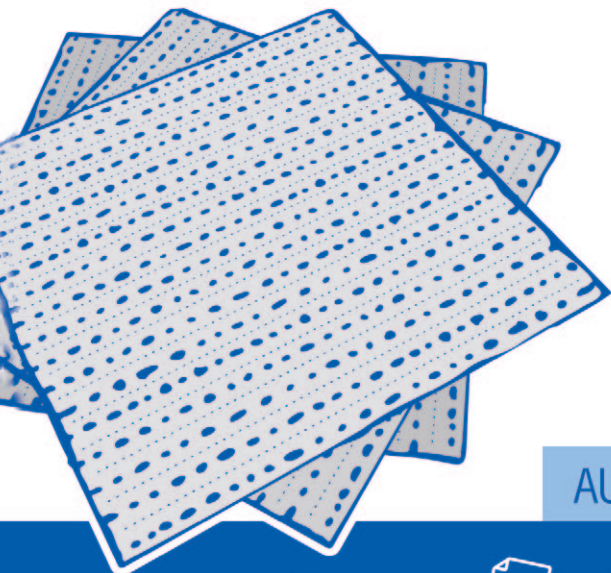
https://www.jpost.com/archaeology/article733038?utm_source=jpost.app.apple&utm_medium=share



Yakov Ashkenazi, Eylon Levy, Dr. Haggai Misgav and Saar Ganor
Foto: © Yoli Schwarz/Israel Antiquities Authority

(tem)

lomis



PESSACH SAMEACH!

חג פסח שמח

Das Jüdische Berufliche Bildungszentrum wünscht ein koscheres, süßes und fröhliches Pessachfest!

AUSBILDUNGEN FÜR JUGENDLICHE

BOLG
9. Schuljahr



Büro
LEHRE



E-Commerce
LEHRE



IT
LEHRE

UND FÜR ERWACHSENE

Deutsch lernen
Berufsausbildung machen
Matura nachholen



JETZT anmelden

01/33106 500 | boi@jbbz.at





Weltschatten

Nir Baram



Nir Baram gehört zu den erfolgreichsten jüngeren Autoren Israels, im Land selbst, aber auch international. Obwohl sein Roman „Weltschatten“ nicht ganz neu ist, liest er sich erschreckend aktuell.

Es geht darin um eine amerikanische Beratungsfirma, die Wahlkampagnen in aller Welt plant und mit nicht immer moralischen Mitteln der Beeinflussung durchführt.

In der neoliberalen Welt, in der der Roman spielt, werden Idealisten rasch korrumpiert und Initiativen, die der Demokratie dienen sollen, von korrupten Investoren unterwandert. Dem stellt sich eine Gruppe wirrer Anarchisten entgegen. Nachdem sie mit ersten Protestaktionen Kunst vernichtet haben, gelingt es ihnen, einen weltweiten Streik gegen Neoliberalismus und Globalisierung zu organisieren. Die Handlung spielt in den verschiedensten Teilen der Welt, wobei Israel eine zentrale Rolle zukommt. Mit einem rasanten Stil- und Handlungsmix ist „Weltschatten“ spannend bis zur letzten Seite.

Eleonore Eppel-Lappin

2016, Carl Hanser Verlag, 521 Seiten



RSM Austria wünscht
ein friedliches und
frohes **Pessachfest!**

Erfahren Sie mehr über
unser Know-How unter
www.rsm.at

Tegetthoffstraße 7 1010 Wien
E: contact@rsm.at
T: +43 (1) 505 63 63

In Tel Aviv vom Yarkon nach Jaffo, dem Zionismus auf der Spur

von Hans-Jürgen Tempelmayr

In den Sand der Dünen Tel Avivs haben die Gründer der „weissen Stadt“ 1909 Linien gezogen und danach im Laufe der Jahrzehnte mit Bedacht die Straßen benannt. So entstand, heute eher von Bewohnern und Passanten unbeachtet, ein "who is who" des Zionismus, eine Perlenkette der geistigen und tatkräftigen Urheber des modernen Staates Israel. Manche der Namensgeber haben den Boden ihrer Sehnsucht nicht einmal betreten.

SCHALOM STELLT SIE VOR. FOLGE 12

Nachman Syrkin (1868–1924)

Ein religiöser Sozialist



Ein Parallelstraße zu Ben-Yehuda-Straße in Tel Aviv, nicht weit vom Strand entfernt, erinnert an einen der ersten und bedeutendsten Ideologen des Sozialistischen Zionismus, Nachman Syrkin (Sirkin). Geboren wurde er im Zarenreich, in Mogilev, heute Weißrussland. Früh schloss er sich der in Rumänien entstandenen Bewegung Chibbat Zion (Zionsliebe) an, aus deren Kreis heraus

die heute bedeutenden Siedlungen Rishon LeZion und Rosh Pina gegründet wurden, aber auch Geld zum Landkauf, u.a. in Rechovot, gesammelt wurde. Leon Pinsker, ein „Chovevei Zion“/Zionsliebender, wie sich die Anhänger nannten, schrieb 1882 das richtungsweisende Buch „Autoemanzipation“. Auch Chaim Weizmann war von Syrkin beeinflusst und ging aus dieser Bewegung hervor.

1897 trat der gesamte Bund der eben gegründeten Zionistischen Weltorganisation bei.

Syrkin, mittlerweile nach Minsk übersiedelt, war als Sozialist mit Verbindungen zu russischen revolutionären Kreisen bald für die Behörden kein unbeschriebenes Blatt. 1888, mit 20 Jahren, wurde er verhaftet. Damit begann erst, nach seiner Freilassung und Emigration seine Karriere als für das in Gründung befindliche Israel bedeutender Zionist.

Schon bei den ersten Zionistenkongressen war er Delegierter und vertrat seine Ideen eines zionistischen Sozialismus. Bei seinen Auftritten scheute er nicht davor zurück Herzl zu kritisieren, besonders dessen Nachgiebigkeit zu Monarchen (Wilhelm II) und, wie er es nannte, Tyrannen (Nikolaus II), was zu tumultartigen Vorfällen während der Kongresse führte.

Beim dritten Kongress 1899 in Basel kam er jedoch zu dem Schluss, dass sich das Problem (euphemistisch ausgedrückt) der Juden in der Diaspora selbst nach einer sozialistischen Revolution nicht grundlegend ändern würde. Daher die Einwanderung nach Erez Israel die einzige Lösung für das Überleben des jüdischen Volkes darstellte. Mittlerweile schloss er seine Ausbildung ab und promovierte in Bern in Philosophie (1903) und übersiedelte nach

Deutschland. Dort wurde er 1904 ausgewiesen und nach einem wenig erfolgreichen Aufenthalt in Russland, nach der Revolution 1905, emigrierte er nach Amerika.

Die Polaei Tsion (Arbeiter Zions) wurden nun seine Heimat und er, bis zu seinem Tod, deren Präsident in Amerika. Ein Ableger der Polaei Tsions, der HaSchomer war auch an der Gründung einer jüdischen Legion (innerhalb der Britischen Armee) im ersten Weltkrieg beteiligt. Vornehmlich, um „Israel“ von den Osmanen zu befreien.

1919 wurde Syrkin sogar nach Versailles entsandt, um als Mitglied die jüdisch-amerikanischen Interessen zu vertreten. In der Folge tourte er vor dem 2. Weltkrieg, den er in Amerika verbrachte, durch das britische Mandat Palästina, um die Möglichkeiten jüdischer Einwanderung auszuloten und von den USA aus aus Europa und Russland zu forcieren.

Syrkin verlegte seine eigene Aliah aufgrund seiner unermüdlichen Aktivitäten, zu der auch die Unterstützung des Jüdischen Nationalfonds gehörte, immer wieder und starb unerwartet 1924 in New York an einem Herzinfarkt. Er hinterließ eine Anzahl von richtungsweisenden Schriften und Pamphleten und scheute keinen Konflikt, auch nicht mit den Marxisten unter den Zionisten, um seine Ideale Wirklichkeit werden zu lassen. Syrkin schaffte es auch, ohne großen Widerspruch seine linken zionistischen Ideen mit einer tiefen Religiosität in Einklang zu bringen.

Seine Tochter Marie (1899-1989), eng mit Golda Meir befreundet, gab seine Lebenserinnerungen heraus. Aber auch so, ist er in Israel nicht vergessen.

Der Kibbuz Kefar Syrkin und zahlreiche Straßen, nicht nur in Tel Aviv, sind nach ihm benannt worden. Er selbst liegt im Kibbuz Kinneret begraben. Die Staatsgründung hat er aus der Ferne miterlebt. Er war durch sein Wirken auch nicht ganz unbeteiligt.



Einladung

Vorankündigung – Save the date

75 Jahre Israel

Wir gratulieren!



Die Österreichisch-Israelische Gesellschaft
und Keren Kayemeth Lelsrael

feiern

den 75. Jahrestag der Gründung des Staates Israel

am Sonntag, dem 14. Mai 2023, um 19 Uhr
im
Festsaal des Wiener Rathauses

Detaillierte Einladung folgt.

Voranmeldungen bitte unter: office@oeig.at

Wir würden uns freuen, wenn Sie mit uns feiern!

Vorstand und Beirat der ÖIG